

Frei gegen höheres Taschengeld

Villingen-Schwenningen/Berlin.

Für Diskussionen sorgt derzeit die von der SPD geforderte Erhöhung des Taschengeldes von Asylbewerbern. In einer aktuellen Debatte im Bundestag betonte Thorsten Frei, dass diese Frage in einen Gesamtzusammenhang der Asylbewerberleistungen gesetzt werden müsse. Aus Sicht der CDU sei dabei immer das Doppelziel im Blick zu halten, die Migrationszahlen weiter zu reduzieren und dafür zu sorgen, dass abgelehnte Asylbewerber unser Land tatsächlich verlassen. Der Wahlkreisabgeordnete Frei

will „Pullfaktoren“ nach Deutschland eliminieren. Die Bezugsdauer der niedrigeren Asylbewerberleistungen. Derzeit ist diese auf 15 Monate begrenzt. Dies ist aus Sicht von Thorsten Frei zu wenig. Da das Bundesverfassungsgericht lediglich festgestellt hat, dass eine Bezugsdauer in diesem Regelkreis mit 48 Monaten zu lang wäre, besteht aus Sicht von Thorsten Frei ein ordentlicher Spielraum. Auch dem Sozialleistungsmissbrauch durch die Verwendung von Mehrfachidentitäten will Frei ein Ende machen. *eb*



Thorsten Frei ist gegen höhere Bezüge für Asylbewerber.

Foto: NQ-Archiv